

VBE Report

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern / Lehrgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund



**Norddeutsche Lehrer
diskutieren Bildungspolitik**

+++ Vorwort +++

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



Gottfried Hägele

ist das nicht eine demotivierende Entwicklung im Beruf, wenn gute und wohlmeinende Dinge nur deswegen plötzlich verboten werden, weil einzelne Bösewichte daraus Schädliches machen könnten? Oder wie anders soll ich's verstehen, dass ich nun nicht mehr mit meinem eigenen Telefon das kurze klärende Telefonat mit einem Elternteil führen darf? Anonyme Datendiebe könnten mit der personenbezogenen Telefonnummer Schindluder treiben. Auch die kleine Bildergalerie zum Abschlussfest wird in der Ungezwungenheit, wie sie bisher zusammengestellt wurde, nicht mehr erlaubt sein, außer vielleicht, wenn ich sehr aufwendig und darüber hinaus juristisch fragwürdig die Elternlaubnis aller einhole.

Obendrein kommt im Arbeitsbetrieb noch ein weiterer Rückschritt dazu: Die mögliche Zeitersparnis durch die Nutzung digitaler Medien, am Beispiel eines elektronischen Klassenbuchs, rückt in weite Ferne, wenn die jüngsten Datenschutzbestimmungen konsequent angewendet werden. Die Liste ließe sich weiterschreiben. Blind ist der, der nicht erkennt, was für eine Revolution dies für die gewohnte gute Berufspraxis bedeutet. Und was soll dieser allgegenwärtige Rückzug auf das juristisch Sichere? Wie rückschrittlich ist dieser abgesicherte Modus von pädagogischer Spaß- und Phantasielosigkeit in einem Beruf, in dem wir Lehrkräfte das bunte Potenzial junger Menschen fördern helfen sollen?

Natürlich geht es um den Schutz unserer persönlicher Daten. Die Absicht der EU-DSGVO leuchtet mir ein. Aber, wenn mich mein Arbeitgeber verpflichtet, sie in meiner beruflichen Tätigkeit umzusetzen, dann erscheint es irrwitzig, wenn er sich gleichzeitig nicht selbst verpflichtet, mich dabei nicht alleine zu lassen. Wir aber sind alleine gelassen! Sowohl arbeitsorganisatorisch (Anruf zum Elternteil, elektr. Klassenbuch etc.) als auch pädagogisch (Bildergalerie und Sportheldentafel in der Aula etc.) und gesundheitlich (verlängerte Arbeitszeiten am dienstlichen Computer in der Schule etc.) verlieren wir auf breiter Front.

Die DSGVO wird erstmal so bleiben. Aber die Umsetzungsbedingungen dürfen so nicht bleiben. Wir brauchen zuerst die technischen Ausstattungen, dann wertschätzende Fortbildungsangebote zum Thema Datenschutz ohne zusätzliche Arbeitsbelastung, weiter den anerkennenden Zuspruch unserer pädagogischen Freiheit und Professionalität und nicht zuletzt einen starken Rückhalt von oben. Dann ist die Umsetzung der DSGVO im Beruf ein Kinderspiel. Wenn nicht, bleibt sie ein erniedrigender Krampf.

Es grüßt Sie herzlich
Gottfried Hägele

- ↳ Leitartikel 3
- ↳ Der 10. Norddeutsche Lehrertag in Schwerin . 4
- ↳ Nachbetrachtung 6
- ↳ Personalräteschulung in Linstow 6
- ↳ Tarifverhandlungen 2019 8
- ↳ Einladung des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion zur Erörterung des Schulgesetzentwurfs 9
- ↳ Stellungnahme des VBE M-V zum „Entwurf einer Änderung des Schulgesetzes M-V“ 10
- ↳ Fortbildung für Staatsrecht in Greifswald ... 11
- ↳ Junge Gesichter, junge Themen 11
- ↳ Regionalgruppe Ludwigslust/Parchim hat gewählt..... 12
- ↳ Besuch im Müritzeum und Wahl der RV 12
- ↳ Und dieses Mal alle Neune ... oder doch nur sechs? 13
- ↳ Fortbildungsveranstaltung und Mitgliederversammlung der RG Vorpommern/Greifswald . 13
- ↳ Wahlen der RG Vorpommern/Rügen 14
- ↳ Jahrestagung 2018 der VBE-Bundesseniorenvertretung 15
- ↳ Werteerziehung: Mehr Priorität! Mehr Gestaltungsraum! Mehr Zeit! 16
- ↳ GEW und VBE: „Höhere Investitionen in die Fortbildung von Lehrkräften überfällig“ 17
- ↳ Ihre Meinung zum Handschreiben ist gefragt!... 18
- ↳ VBE-Newsletter 19
- ↳ Schilf ist mehr als Uferbepflanzung 21
- ↳ Mitgliedschaft 23

↳ Impressum

VBE Report – Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
www.vbe-mv.de
Dezember 2018

Geschäftsstelle

Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin
Telefon: 0385 / 55 54 97, Fax: 0385 / 5 50 74 13
www.vbe-mv.de, E-Mail: info@vbe-mv.de

Bankverbindung

BBBank, IBAN: DE23 6609 0800 0006 8460 84, BIC: GENODE61BBB

Anzeigen

Anzeigentarife:
www.wilke-mediengruppe.de/de/produkte/anzeigenmanagement.php

Redaktion

Andreas Liedtke (al)
Christine Striesow (cs)
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin
Telefon: 03991 / 16 56 72
E-Mail: andreas.liedtke@vbe-mv.de

Basis-Gestaltung

Typoly, Berlin | www.typoly.de

Druck

Wilke Mediengruppe GmbH | www.wilke-mediengruppe.de

VBE REPORT erscheint viermal im Jahr.

Bezugspreis: 6,- Euro pro Jahr zuzüglich Versandkosten über die Geschäftsstelle. Für Mitglieder ist der Bezug durch den Beitrag abgedeckt.

Namentlich gekennzeichnete Artikel sowie Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktionsschluss VBE Report 1/2019

28.02.2019

ISSN: 1869-3725

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten Wochen waren es vor allem zwei Nachrichten, die mich ganz speziell bewegten. Am 18. Oktober veröffentlichte das Ministerium eine Studie zum „Studienerfolg und -misserfolg im Lehramtsstudium“. Erst einmal ist dem BM zu danken, dass endlich eine solche Studie in Auftrag gegeben wurde. Wir hatten schon häufig darauf hingewiesen, dass es Probleme im Studium gibt, uns vor allem der Praxisbezug fehlt. Die Ergebnisse sind mehr als ernüchternd. U. a. beendet im Lehramt für Regionale Schulen nicht einmal ein Drittel der Lehramtsstudenten das Studium. Allerdings sind bei den „Abbrechern“ auch Lehramtsstudenten eingerechnet, die z. B. die Fächerkombination wechseln. Nach den bereits in unserer letzten Zeitung genannten Zahlen von Referendaren, die im Sommer in M-V keine Anstellung gefunden haben oder wollten, sind dies die nächsten Zahlen, die uns verdeutlichen, dass es immer schwerer wird, die freien Stellen künftig durch ausgebildete Lehrkräfte zu besetzen. Und wenn man bedenkt, dass die Zahlen der „Frührentner“ alle Prognosen des BM über den Haufen werfen, wird mir fast schwarz vor Augen, wenn ich an die Zukunft des Bildungssystems in M-V denke. Änderungen im Lehramtsstudium werden erst in Jahren greifen. Diese Zeit haben wir aber nicht. Und trotzdem lässt man sich Zeit mit dem Handeln. Jetzt handeln, kann eigentlich nur die Devise sein. Wenn jetzt nicht in allen Bereichen investiert wird, auch finanziell, wird es künftig noch teurer für das Land werden.

Die zweite Nachricht, die mich bewegte, war die Information, dass eine Landtagsfraktion darüber nachdenkt, ein Portal einzurichten, auf dem Schülerinnen und Schüler Lehrerinnen und Lehrer melden könnten, die angeblich gegen das Neutralitätsverbot der Schulen verstoßen haben. In anderen Bundesländern gibt es das bereits. Die Ministerin hat mit einem Schreiben an alle Kolleginnen und Kollegen reagiert, das meine volle Unterstützung hat. Ich fühlte mich etwas an meine Schulzeit erinnert. Als ich als 18-Jähriger kurz vor meinem Abitur stand, wurde ich von einer Institution eingeladen. Man versuchte, mir klar zu machen, dass in dem (damaligen) Land nicht jeder alles studieren könnte, vor allem, wenn man nicht die richtige erwartete Einstellung zum Staat und zu seinen Zielen hätte. Und dazu bräuchte man Informationen, die u. a. ich von meinen Mitschülerinnen und Mitschülern liefern sollte. Trotz mehrerer Gespräche lehnte ich ab und musste schriftlich bestätigen, dass ich mit niemandem darüber sprechen würde. Nach Akteneinsicht in den goer-Jahren war ich natürlich froh, dass genau dieses Schreiben nicht vernichtet war. Es wäre anmaßend, wenn ich behaupten würde, dass ich damals jegliche Tragweite erkannt hätte. Das gehörte ganz

einfach schon damals wie auch heute nicht zu meinem Naturell, über andere zu berichten. Im Übrigen hatte sich auch ein zweites Angebot schnell zerschlagen. Ich hätte über diese Institution unter besseren Bedingungen studieren können und in eine Sonderabteilung während der Armeezeit gekonnt, wenn ich mich von meiner Freundin trennen würde, da sie Westverwandtschaft hat. Auch wenn unsere Beziehung erst im Entstehen war, galt schon damals wie heute, dass ich mich von keinem „erpressen“ lasse und meine Entscheidungen unabhängig und frei treffe. Und genau das wollen wir in Schulen auch: unsere Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgern erziehen. Unser Bundesverband hat im November die Ergebnisse einer bundesweiten FORSA-Umfrage zur Werteerziehung veröffentlicht, die auf der Homepage des Bundesverbandes einsehbar ist. Ein hoher Prozentsatz der Lehrkräfte wie auch der Eltern erwartet von Schule eine Werte- und Demokratieerziehung. Dazu steht bereits im Schulgesetz: „Ziel der schulischen Bildung und Erziehung ist die Entwicklung zur mündigen, vielseitig entwickelten Persönlichkeit, die im Geiste der Geschlechtergerechtigkeit und Toleranz bereit ist, Verantwortung für die Gemeinschaft mit anderen Menschen und Völkern sowie gegenüber künftigen Generationen zu tragen.“ Und dazu gehört natürlich auch, dass man sich mit Thesen, Aussagen usw. egal welcher Partei natürlich unter Beachtung des Neutralitätsgebotes auseinandersetzt. Soll dann eine Schülerin oder Schüler wirklich entscheiden, wann dagegen verstoßen wird? Ist es nicht besser und wichtiger, sich direkt in die Diskussion einzubringen? Geht es bei diesem Portal nicht mehr um Einschüchterung und Denunziation? Wir wollen Schülerinnen und Schüler haben, die offen ihre Meinung sagen. Und wenn sie das Gefühl haben, dass die Lehrerin oder der Lehrer bestimmte Regeln nicht einhält, gibt es an jeder Schule Personen, an die man sich wenden kann. Und natürlich setzt man sich in Schulen, in der eine humanistische Bildung im Mittelpunkt steht, kritisch mit Meinungen auseinander, die dem widersprechen. Sollte die Angst dahinter stecken, dass man in einer schulischen Diskussion zu schlecht dargestellt werden könnte, gibt es eine einfache Regel: Immer darauf achten, wie man was sagt und wie man auftritt!

So kann ich der entsprechenden Landtagsfraktion nur empfehlen, auf das Einrichten eines solchen Portals zu verzichten. Natürlich weiß jeder, um welche Fraktion es geht. Und sollte diese Darstellung hier der AfD zu negativ sein, die ich auch vor jeder Schulklasse so ver-



Michael Blanck

trete, und ein solches Portal eingerichtet werden, kann die AfD mich ja gleich als erstes dort melden. Genauso, wie man mich schon früher nicht einschüchtern konnte, wird man es auch heute nicht tun können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Bogen jetzt auf das friedliche Fest zu bekommen, ist nicht leicht und ein großer Schnitt. Ich wünsche Ihnen ein besinnliches Weihnachtsfest mit viel Zeit in der Familie, nur leuch-

tende Augen unter dem Lichterbaum. Kommen Sie gut und gesund in das neue Jahr!

Ihr



Michael Blanck

Der 10. Norddeutsche Lehrertag in Schwerin

Inzwischen zum 10. Mal trafen sich interessierte Lehrer der norddeutschen Bundesländer, um sich zu aktuellen Fragen der Schulpolitik auszutauschen. – Und dies ist wohl der wichtigste und ein sehr guter Grund, jedes Jahr die Gelegenheit zu nutzen, um an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Natürlich werden in Schwerin keine Lehrer gebacken, damit die Lücken an vielen Schulen geschlossen werden können. Und natürlich wurden die Probleme bei der Umsetzung der Inklusion angesprochen, die in vielen Lehrerzimmern dieses Landes täglich ein Thema sind. Trotzdem oder gerade deshalb ist es wichtig, wenigstens einmal im Jahr in großer Runde über den Tellerrand der eigenen Schule zu schauen, hin zu anderen Schulformen, in andere Schulamtsbereiche, in andere Bundesländer.

So war es sehr erfrischend, **Ties Rabe, der als Bildungssektor in Hamburg** tätig ist, zu erleben. Er konnte mit praktischen Lösungen aufwarten, die mir als Soforthilfe auch für M-V durchaus umsetzbar scheinen. Zum Beispiel die Nutzung des Bildungs- und Teilhabepaketes ohne Gutscheine und fast ganz ohne Amtsgänge, um eine kostenlose Mittagsversorgung oder eine außerunterrichtliche Lernförderung für die anspruchsberechtigten Kinder abzusichern. In Hamburg organisieren die Schulen ein entsprechendes Angebot, das von Studenten, leistungsstarken Schülern, Rentnern oder auch anderen befähigten Personen übernommen wird. In M-V könnten Schulen eventuell eigenverantwortlich und natürlich ohne großen bürokratischen Aufwand „Leselehrer“ engagieren, die ausschließlich für diese Kernkompetenz zuständig sind. Mit einer entsprechenden Kampagne in der Öffentlichkeit lassen sich vielleicht doch Menschen finden, die diese Aufgabe übernehmen. **Es ist eine traurige Tatsache, dass auch in M-V Kinder versetzt werden, ohne lesen und schreiben zu können.**

Dafür, dass sich auch die **Bildungsministerin von M-V, Frau Hesse**, die Zeit an einem Sonnabendvormittag genommen hat, Rede und Antwort zu brennenden Fragen zu stehen, gebührt ihr ein Dankeschön.

Mit dem Lehrer-Newsletter, ich gebe es offen zu, war ich in der Vergangenheit eher nicht zufrieden. So habe ich den Start ins neue Schuljahr nicht derart positiv wahrgenommen, wie dort dargestellt. Was ich mir wünsche, ist eine differenziertere, kritischere Darstellung, die auch Schwierigkeiten deutlich benennt, wie die Tatsache, dass eine Reihe von Schulen mit 1, 2, 3 oder noch mehr offenen Lehrerstellen gestartet sind, dass von Beginn des Schuljahres an Förderstunden gestrichen, Überstunden erteilt werden müssen, dass Stundenausfall Alltag ist. – Ja, auch unsere Bildungsministerin kann keine Lehrer backen ...

Andererseits war gut zu hören, dass Frau Hesse, wie ihr Vorgänger im Amt, bei Bedarf vor Ort agiert, sich infor-



Ties Rabe, Bildungssektor Hamburg

miert und gemeinsam mit Lehrern und Schulleitungen nach Lösungen für drängende Probleme sucht. Auch die gezielte Unterstützung der Schulträger bei der Mittelakquise für die Sanierung oder den Neubau von Schulgebäuden durch das Bildungsministerium in Form einer interministeriellen Arbeitsgruppe soll hier genannt werden.

Sicher ist es nicht einfach umsetzbar, Seiteneinsteigern im ersten und eventuell zweiten Arbeitsjahr Abminderungsstunden zu gewähren, denn das kostet. Hier könnte ein unkomplizierter Einstieg in das Unterrichtshilfenportal von Mecklenburg-Vorpommern und dessen kontinuierliche Weiterentwicklung eine kleine, schnelle, kostengünstige Unterstützung sein.

Wie Ties Rabe gewährte auch **Herr Dr. Frederik Ahlgrim von der Universität Potsdam** einen Blick über den Teller rand von Mecklenburg-Vorpommern mit seinem Vortrag über Risiken und Chancen der Heterogenität. Als Chancen sieht er Anstöße für die Entwicklung neuer Konzepte, das Beschreiten ungewöhnlicher Wege („Leselehrer“?), das Erschließen neuer Ressourcen, den besseren Blick für Diagnostik.

Aber auch Risiken müssen benannt werden, wie das Fehlen von Konzepten und Ressourcen (z. B. Expertisen, Fachpersonal, Räume und Ausstattung), Kinder mit besonderem Förderbedarf gehen möglicherweise unter, Ablehnung, Ausgrenzung könnten Folgen sein, wenn notwendiges Verständnis nicht entwickelt wird, einzelne Schüler sprengen den Unterricht, Lehrkräfte sind überfordert ...

All dies eine Folge des hohen Tempos bei der Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems? Da hat mancher mit Interesse und Erleichterung oder Zweifel vernommen, dass Frau Hesse künftig das Tempo drosseln möchte: Qualität vor Quantität.

Abschließend möchte ich die Möglichkeit nicht verstreichen lassen, dem Hausherrn **Herrn Peter Metzler, Schulleiter der Astrid Lindgren Schule**, zu danken. Ihn und seine Kollegen singenderweise auf der Bühne zu erleben, war allein schon ein Erlebnis!

Also auf zu neuen Lehrertagen! Im nächsten Jahr voraussichtlich am 21.09.2019.

Schauen, Kollegen treffen, angeregte Gespräche führen und viele Informationen mitnehmen, das sind die Potenzen einer solchen Veranstaltung, die eine wichtige Bereicherung des Lehreralltags darstellt.

Corinna Tschierschky



Nachbetrachtung

Nun ist es schon fast acht Wochen her, seit wir uns auf dem Lehrertag mit dem Thema „Ja zur Heterogenität – und jetzt?“ auseinandergesetzt haben.

Inklusion, ein viel diskutiertes und strapaziertes Thema, das bei den Beteiligten viele Fragen aufwirft und nicht nur Begeisterung hervorruft. Schulen stehen vor großen Herausforderungen, die weit mehr als nur die Fortbildung der Kolleginnen und Kollegen umfasst. Die ersten Schulen haben die Zusagen für Fördermittel, um erforderliche Investitionen vorzunehmen. Damit ist es aber längst nicht getan.

Der Inklusionsprozess erfordert natürlich Lehrerinnen und Lehrer, die mit dem nötigen Wissen und Können dazu ausgestattet sind. Die vom Bildungsministerium vorgesehene Fortbildung in unterschiedlichen Modulen soll dabei helfen. Ohne Hilfe und „Handwerkszeug“ wird Inklusion kaum zu gestalten sein. Das wird sicher auch von vielen Kollegen so

gesehen. Aber – ist dieser hohe zeitliche Umfang für alle wirklich richtig? Oder sollten hier nicht doch Korrekturen vorgenommen werden? Neben dieser zeitintensiven Fortbildung stehen ja auch fachliche Weiterbildungen für jeden Lehrer an. Mit genau dieser Frage wandte ich mich in einem Pausengespräch an unsere Bildungsministerin Frau Hesse. Wir sprachen über mögliche Entlastungen für die Lehrer während dieser Fortbildungsmaßnahme. Ein Vorschlag war, die schulinterne Fortbildung könnte dabei in den Prozess der Inklusionsfortbildung integriert werden.

In der guten Hoffnung, dass diese Hinweise vielleicht zu Änderungen für die künftigen Module führen, wünsche ich allen Kollegen Freude und Erfolg bei der täglichen Arbeit.

Ortrud Waterstradt

Regionalverband Mecklenburgische Seenplatte

Personalräteschulung in Linstow

Seit die Datenschutzgrundverordnung der Europäischen Union im Mai 2018 ihre endgültige Anwendung fand, seit im März 2018 der Datenskandal bei Facebook durch Cambridge Analytica bekannt wurde, ist das Thema Datenschutz und Datensicherheit nicht nur für jeden Einzelnen relevant, sondern auch für die Institution Schule. Und so war es auch mehr als sinnvoll, dass auf der diesjährigen Personalräteschulung in Linstow am 23. und 24. Oktober Herr Sarunski, der beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit M.-V. für den Bereich Schulen zuständig ist, den ersten Tagungsordnungspunkt „Datenschutz in der Schule“ übernahm.

Denn gerade in Schulen werden personenbezogene Daten von Schülerinnen und Schülern, Eltern, aber auch Lehre-

rinnen und Lehrern verarbeitet, also erfasst, geordnet, verknüpft, gespeichert oder gelöscht. Dabei ist es dann unerlässlich, Vorkehrungen zum Datenschutz und zur Datensicherheit zu treffen. Grundsätzlich gilt laut Herrn Sarunski, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten verboten sei, solange es keine gesetzliche Grundlage gebe, die die Datenverarbeitung regelt. Im schulischen Bereich sind dies das Schulgesetz und das Landesdatenschutzgesetz sowie nachgeordnet die Schuldatenschutzverordnung, welche einen Datenkatalog zur Verarbeitung personenbezogener Daten enthält. Und so schränkt das Landesdatenschutzgesetz das grundsätzliche Verbot der Datenverarbeitung ein, indem Daten verarbeitet werden dürfen, wenn es dienstlich notwendig sei. Diese Notwendigkeit wiederum liege in der Beurteilung der Schullei-



tung, wobei nur Geräte genutzt werden dürften, die der Schulträger bereitstelle.

Heiß diskutiert wurde in diesem Zusammenhang die Verwendung personenbezogener Daten auf Schulhomepages. Darf beispielsweise ein Vertretungsplan für jeden sichtbar sein? Er darf, allerdings nur, wenn für die Namen der Lehrkräfte Kürzel verwendet werden und nicht der volle Name ausgeschrieben wird. Optimal ist es jedoch, wenn die Homepage für derlei Informationen einen passwortgeschützten internen Bereich aufweist, der nur dem Personenkreis zugänglich ist, für den die Daten bestimmt sind.

Datenschutz und Datensicherheit sind komplizierte und weitreichende Themen, die jedoch für die Schule sehr aktuell sind und auch bleiben werden, sodass eigentlich jede Schule einen Datenschutzbeauftragten benötigt. Das wiederum ist in absehbarer Zeit wohl nicht umsetzbar.

Im weiteren Verlauf der Schulung wurden Aufgaben der Personalvertretung besprochen. Es wurde die Möglichkeit



von Schulungen der örtlichen Personalräte diskutiert, welche langfristig gesehen in allen Schulamtsbereichen angeboten werden sollen. Die Organisation und Durchführung dieser Schulungen soll im Aufgabenbereich der Regionalgruppen liegen.

Thematisiert wurden weiterhin Verfahren der Einstellung, wobei das Absehen von Stellenausschreibungen mit allen Vor- und Nachteilen sowie hinsichtlich der Vorgehensweise abgewogen wurde. Auch Versetzungsverfahren und die diesbezügliche Bearbeitung in den einzelnen Schulamtsbereichen bei Versetzungs- oder Freigabewünschen wurden angesprochen.

Abschließend erfolgte eine Auswertung zur Arbeit des VBE insbesondere zu anstehenden Aufgaben auf Landes-, aber auch auf Regionalebene. So steht beispielsweise der nächste norddeutsche Lehrertag am 21.09.2019 an, der sich womöglich mit dem Thema Digitalisierung befassen wird. Und so schließt sich der Kreis, denn auch das Thema der Digitalisierung ist beinahe zwangsläufig mit dem Thema Datenschutz und Datensicherheit verbunden.



IHR PLUS: GESUNDHEITSSCHUTZ FÜR BEAMTE.

Das R+V-BeihilfeKonzept. Die private Krankenversicherung für Beamte.



Sprechen Sie mit uns!
www.ruv.de

Filialdirektion Hamburg-Süd
Bezirksdirektion Mecklenburg-Vorpommern

Heidenkampsweg 102, 20097 Hamburg
Tel.: 040 33 43 - 14 13

Tarifverhandlungen 2019 – Streikleiterkonferenz des dbb



Die dbb-Führung für den Tarifbereich machte deutlich, dass diese Verhandlungen mit der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) wohl sehr schwierig werden.

Der VBE MV wird sich mit aller Kraft dafür einsetzen, die Interessen unserer Beschäftigten zu vertreten.

Dazu brauchen wir unsere Mitglieder, ja alle Beschäftigten nicht nur im Tarifbereich, sondern auch im Beamtenbereich. Beamte dürfen zwar nicht streiken, aber sie können sich solidarisch zeigen und zum Beispiel den Streik durch Teilnahme in der Freizeit (Demonstration) unterstützen.

Ohne eine hohe Bereitschaft zu Aktionen werden wir unsere Forderungen nicht durchsetzen können.

Erstmalig organisierte der dbb diese Form der Veranstaltung, denn die Vorbereitung auf die nächste Tarifrunde zum TV-L läuft bereits auf Hochtouren. Von unserem Verband nahmen Michael Blanck und Heiko Schwichtenberg teil.

Die Vertragslaufzeit des TV-L endet, insbesondere für die Entgelttabellen, am 31.12.2018.

Die Verhandlungen werden im Zeitraum von Mitte Januar bis Mitte März 2019 stattfinden. Die Forderungsfindung wird im Dezember 2018 zum Abschluss kommen.

Zwischen den Verhandlungsrunden wird es wahrscheinlich zu Aktionen kommen.

Ziel dieser Sitzung in Berlin war es, rechtliche Bedingungen eines Streiks zu klären, verbunden mit Informationen zur Organisation eines Streiks.

Grundsätzlich wurde zum TV-L aber schon deutlich: Der Führung des dbb ist bewusst, dass es eine Lücke zwischen dem Nettoeinkommen der Angestellten und Beamten gibt. Die Übertragung der Ergebnisse des Tarifvertrages auf die Beamten wird in den Bundesländern unterschiedlich gehandhabt. Auch eine Regelung für das Ausscheiden in die Rente wäre wünschenswert.

*Heiko Schwichtenberg
Fotos: Jan Brenner/dbb*



Einladung des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion zur Erörterung des Schulgesetzentwurfs

Am 26. September folgte der VBE einer Einladung des bildungspolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, um sich über die geplanten Änderungen des Schulgesetzes auszutauschen. Marc Reinhardt erläuterte hierbei, dass man sich die Zuarbeiten vieler bildungspolitischer Partner eingeholt habe und mit einigen im Nachgang noch einmal ins Gespräch kommen wolle, um strittige Punkte zu diskutieren und in der Landtagsanhörung entsprechend einbringen zu können.

Michael Blanck ging hier noch einmal auf einige wesentliche Punkte ein, die der VBE bereits in seiner Stellungnahme zum Schulgesetz zum Ausdruck gebrachte hatte.

Grundsätzlich wurde darauf hingewiesen, dass für die Umsetzung eines inklusiven Schulsystems die räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen bisher einfach nicht gegeben seien. Besonders im Bereich der Sonderpädagogen reicht es nicht, die vorhandenen Lehrkräfte aus den zu schließenden Förderschulen auf die allgemeinbildenden Schulen aufzuteilen. Hier liegt der tatsächliche Bedarf weit höher. Es sind vom Gesetz konkrete Vorgaben zu machen, für welche Anzahl von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine extra Lehrkraft eingesetzt werden muss. Die Förderstunden müssen zudem auch gesetzlich festgeschrieben werden, damit nicht die Gefahr besteht, dass diese im Falle eines Lehrkräftebedarfs an der Schule zugunsten des Vertretungsunterrichts als erste gestrichen werden.

Darüber hinaus wird im Gesetz immer wieder von der Notwendigkeit *multiprofessioneller Teams* gesprochen. Definiert wird diese Begrifflichkeit jedoch nicht. Für den VBE gehören dazu u. a. auch Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie Gesundheitsfachkräfte. Hier muss dringend konkretisiert werden.

Wichtig ist Michael Blanck zudem die Änderung einer Formulierung in der Begründung zum Schulgesetzentwurf. In diesem heißt es nämlich, man verfolge „das Ziel, die Inklusion in einem inklusiven Schulsystem umzusetzen, um Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit für beeinträchtigte Menschen zu eröffnen“. Diese Formulierung wird der guten Arbeit der Lehrerinnen und Lehrern an unseren Schulen nicht gerecht, da sie impliziert, dass beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Bildungschancen hätten und gar keine Bildungsgerechtigkeit herrsche.

Im Folgenden verdeutlichte und erläuterte der VBE im Gespräch konkret einige seiner Positionen zum neuen Schulgesetz. Die Forderung temporärer Lerngruppen in allen Förderschwerpunkten wurde ebenso bekräftigt wie

der Aufbau von Diagnosefördergruppen, mit denen man sich im Vorfeld in einer AG des Bildungsministeriums intensiv befasste, die sich jedoch an keiner Stelle des Schulgesetzes wiederfinden.

Des Weiteren wurde die Regelung zum Übergang ins Gymnasium angesprochen. Hier scheinen die neuen Regelungen noch nicht optimal. Ebenso wird keine Aussage darüber getroffen, wie bei einem abweichenden Elternwillen zu verfahren ist, wenn die Schüler die Zugangsvoraussetzungen zum Gymnasium nicht erfüllen und die Eltern entgegen der Schullaufbahnpflicht handeln.

Fraglich sind aus Sicht des VBE auch die Regelungen unter Paragraph 34. Hier wird u. a. deutlich, dass nur die Eltern einen Antrag auf sonderpädagogischen Förderbedarf stellen können. Sinnvoller wäre es jedoch, wenn auch Schulen in Ausnahmefällen die Möglichkeit gegeben wird, diesen Antrag zu stellen, sofern bei einem Kind ein offensichtlicher Bedarf besteht, die Eltern einen Antrag jedoch nicht stellen.

Ebenfalls wurde noch einmal Bezug auf die räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen genommen. Es wird ein wohnortnaher gemeinsamer Unterricht unter Gewährleistung der zuvor genannten Voraussetzungen festgeschrieben. Die Ausgestaltung dieser Voraussetzungen wird im Gesetz nicht eindeutig festgelegt. Dies ist jedoch von höchster Wichtigkeit und kann nicht nur über eine folgende Rechtsverordnung geregelt werden.

Hingewiesen wurde auch auf die Beschränkung des Ganztagschulkonzepts. Durch die Formulierung, dass Ganztagsangebote generell nach der jeweiligen Stundentafel stattfinden sollen, wurden andere Ansätze von vorneherein ausgeschlossen. Michael Blanck gab zu bedenken, dass die Mindestschülerzahlen der Eingangsklassen zu hoch angesetzt seien und im Hinblick auf die inklusive Beschulung angepasst werden müssten.

Eine wichtige Forderung vieler Kollegen war die Möglichkeit, auch gegen Grundschüler Ordnungsmaßnahmen zu verhängen. Bisher waren diese von den schulischen Ordnungsmaßnahmen ausgeschlossen. In der Studie des VBE zur Gewalt gegen Lehrkräfte und in zahlreichen Gesprächen mit Kollegen zeigte sich jedoch, dass es auch an den Grundschulen zu massiver Gewalt gegen Lehrkräfte kommt und auch hier ein Katalog an Ordnungsmaßnahmen sinnvoll und notwendig ist. Die Möglichkeit zur Anwendung des Katalogs sollte auch im Schulgesetz festgeschrieben werden.

Ein weiterer Punkt war die Stundenzuweisung für die Schulen. Dies erscheint zunehmend undurchsichtig. Von der schülerbezogenen Stundenzuweisung, die bisher im Gesetz festgeschrieben war, wurde immer häufiger abgewichen. Im neuen Gesetz findet sich nun der Begriff „schülerorientiert“. Diese Begrifflichkeit lässt viele Fragen offen. Im Schulgesetz müssen jedoch konkrete und nachvollziehbare Regelungen getroffen werden.

Herr Reinhardt versprach, strittige Punkte noch einmal zu diskutieren und berechtigte Kritik anzubringen, um so auf eine Veränderung des Entwurfs zum Schulgesetz an einigen Punkten hinzuwirken.

Stellungnahme des VBE M-V zum „Entwurf einer Änderung des Schulgesetzes M-V“

Ein wesentlicher Grund zur Änderung des Schulgesetzes ist der Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Recht auf inklusive Bildung. Diesen Anspruch erfüllt der vorgelegte Entwurf zwar formal, aber nicht inhaltlich bzgl. der Machbarkeit der Umsetzung an den Schulen. Die Umsetzung des Rechtes von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung auf einen Zugang zu einem inklusiven Schulsystem setzt die Verpflichtung des Landes voraus, dass in einem solchen Schulsystem alle Voraussetzungen geschaffen werden, dass diesen Kindern und Jugendlichen weiterhin der gleiche Anspruch auf sonderpädagogische Förderung zugesichert werden kann, ohne den Lernprozess anderer Kinder und Jugendlicher zu beeinträchtigen. Diesen Grundsatz sehen wir in Gefahr. Dazu kommt, dass das Recht auf Zugang zu einem inklusiven Schulsystem keine Verpflichtung darstellt. Es gibt durchaus Eltern, die für ihre Kinder mit Behinderungen weiterhin eine Beschulung in einem geschützten Raum bevorzugen. Auch das muss für alle (!) Förderschwerpunkte gewährleistet bleiben. So fehlen uns für ein inklusives Schulsystem auch eindeutige Vorgaben zu den räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen. Ebenso wird zwar häufig von der Notwendigkeit multiprofessioneller Teams gesprochen, eine Definition, wer dazugehören muss, ist aus unserer Sicht aber genau an dieser Stelle notwendig. Dazu zählen für uns u. a. auch eine gesicherte Schulsozialarbeit wie auch Schulgesundheitsfachkräfte. Auch eine Beschränkung der Anzahl der Schüler mit Behinderung, die in einer inklusiven Klasse beschult werden dürfen, wäre in diesem Gesetz mehr als wünschenswert.

Im Vollzugsaufwand wird zwar auf mögliche Mehrbedarfe an Sach- und Personalkosten der betroffenen Gemeinden und Landkreise hingewiesen, aber jeglicher Bezug zum erhöhten Aufwand, z. B. in personeller Hinsicht in den Schulen, fehlt. Es reicht eben nicht, wenn die jetzigen Förderschullehrer der aufzulösenden Förderschulen auf die allgemeinbildenden Schulen aufgeteilt werden. Der Bedarf ist um ein Vielfaches höher. Zum jetzigen Zeitpunkt ist an der Förderschule für jedes Kind / jeden Jugendlichen eine Unterrichtsstunde gleichzeitig eine Förderstunde. In einer inklusiven Schule reicht es eben nicht, wenn nur für wenige Stunden zusätzlich eine Förderschullehrkraft sich intensiv um wenige Schüler mit Förderbedarf küm-

mert. Wir halten es für notwendig, dass es konkrete Vorgaben gibt, für wie viele Schüler mit Förderbedarf eine extra Lehrkraft eingesetzt wird. Das Recht auf Förderunterricht, auch in einem inklusiven Schulsystem, setzt voraus, dass diese Förderstunden auch gesetzlich festgeschrieben werden. Sonst besteht immer die Gefahr, dass bei Lehrkräftemangel oder -ausfall, z. B. durch Krankheit, diese Förderstunden als erstes gestrichen werden, um die Studentafel zu erfüllen. Schon jetzt ist genau diese Streichung in diesen Fällen z. B. in der Unterrichtsversorgungsverordnung festgeschrieben, was für uns nicht nachvollziehbar ist. Gleichzeitig fehlt uns ein Bezug zur Arbeitszeit der Lehrkräfte, die sich in einem inklusiven Schulsystem im außerunterrichtlichen, damit nicht messbaren, Bereich wesentlich erhöhen wird. Z. B. die Arbeit in multiprofessionellen Teams (Teamabsprachen, Beratungen usw.), Erstellung von Förderplänen etc. werden die Lehrkräfte zeitlich stark beanspruchen. Dem muss in der Unterrichtsverpflichtung entsprochen werden. Dazu wäre ein Hinweis im Vollzugsaufwand unbedingt notwendig gewesen.

Auf der ersten Seite der Begründung ist formuliert: „Mit dem Gesetzentwurf wird das Ziel verfolgt, die Inklusion in einem inklusiven Bildungssystem umzusetzen, um Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit für beeinträchtigte Menschen zu eröffnen.“ Dem müssen wir deutlich widersprechen. Diese Formulierung heißt im Umkehrschluss, dass beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler bisher keine Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit hatten. Das wird der guten Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer an den Förderschulen der letzten Jahrzehnte nicht gerecht! Dieser Teil der Begründung kann so nicht aufrechterhalten werden.

Gleichzeitig möchten wir noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Die Zahl der Schülerfirmen hat in den letzten Jahren aus unserer Sicht stark abgenommen. Wenn man diese, die sich für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sehr positiv auswirken, auch künftig in zahlreicher Form erhalten möchte, wäre eine Aufnahme ins Schulgesetz zu überlegen.

Unsere Hinweise zu einzelnen Punkten finden Sie ausführlich auf unserer Webseite www.vbe-mv.de.

Fortbildung für Staatsrecht in Greifswald

Die Fortbildung zum Staatsrecht, Staatsaufbau und zu den Grundlagen des Verwaltungsrechts fand auch in diesem Jahr wieder in Greifswald in der Aula des Humboldtgymsiums statt.

Diese Weiterbildung ist eine Voraussetzung für das Bestehen der Probezeit der jungen verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer.

In diesem Jahr waren über 40 junge Lehrer/-innen dem Angebot gefolgt. Den Hauptvortrag hielt Dietmar Knecht, Landesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes und der Tarifunion (dbb) in Mecklenburg Vorpommern. Er sprach zu den Rechten und Pflichten der Beamten.

Danach sprach ein Vertreter der DBV zu Haftungsfragen und dem Beamtenrecht. Über das System der Beihilfe und Besonderheiten der privaten Krankenversicherung referierte ein Redner der Debeka.

Abschließende Hinweise gab der Landesvorsitzende des VBE Michael Blanck.

Alle Redner mussten während der Fortbildung bzw. im Anschluss viele Fragen beantworten, dies zeigt den weite-



ren Bedarf dieser Veranstaltungen an. Viele Teilnehmer nutzten ebenfalls die Möglichkeit, sich an den Ständen der Debeka, DBV bzw. des VBE zu informieren.

Wir sehen für unsere Region auch weiterhin den Bedarf, diese Fortbildung, die durch das IQ-MV anerkannt ist, jährlich anzubieten. So leisten wir einen Beitrag für unsere jungen Lehrkräfte.

Junge Gesichter, junge Themen

Was bedeutet es in meinem Beruf, wenn ich Kinder bekomme? Wie habe ich berufsspezifische Ausgaben meines Berufes in der Steuererklärung anzugeben? Was genau sind meine beruflichen Pflichten als Beamtin? Diese Themen brennen jungen Lehrkräften in unserem Land auf den Nägeln und waren der Anlass, dass sich über fünfzehn engagierte junge Kolleginnen und Kollegen zur „2. Nacht des Jungen VBE“ in Rostock trafen. Nach dem spektakulären kulinarischen Einstieg mit Bratwurst und Sturm im Rostocker Stadthafen folgte eine intensive, teambildende Nacht (!), die die vertrauensvolle Grundlage für den folgenden Arbeitsvormittag bildete.

Die „Nacht des Jungen VBE“ findet bereits zum zweiten Mal für junge, engagierte VBE-Mitglieder statt. Mit der steigenden Anzahl Interessierter für ein Engagement im JVBE wird deutlich, dass gerade auch im Kreis der jungen verbeamteten Kolleginnen und Kollegen eine Menge Klärungsbedarf besteht und die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Engagements gesehen wird.

Der Junge VBE MV ist die Jugendorganisation des VBE M-V und will sich insbesondere für die Themen der Lehramtsstudierenden, Berufseinsteiger und jungen Lehr-

kräfte einsetzen. Er ist bundesweit mit den Jugendorganisationen des VBE vernetzt und bringt sich dort in gemeinsame Positionierungen zu bildungspolitischen Themen ein und erstellt u. a. hilfreiche Publikationen für junge Lehrkräfte.

Gottfried Hägele, 04.11.2018



Regionalgruppe Ludwigslust/Parchim hat gewählt

Am 25.10.2018 fand in Neustadt Glewe die Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Ludwigslust/Parchim statt.

Im ersten Teil beantwortete der Landesdatenschutzbeauftragte in MV Herr Sarunski vielfältige Fragen zum Thema Datenschutz im Schulalltag. Neben den rechtlichen Gesetzesgrundlagen war hier natürlich besonders die Umsetzung im täglichen Umgang mit Schülerdaten und Noten gefragt. Es wurde allen wieder einmal besonders bewusst, dass sich durch die Digitalisierung der Schul- und Lebenswelt auch eine Kultur des bewussten Umganges mit sensiblen Daten entwickeln muss. In der Diskussion wurde auch sehr deutlich formuliert, dass die Belastung und Verantwortung der Schulleiter in dieser Entwicklung weiter zunimmt und nicht ausreichend durch zeitliche und personelle Unterstützung gewürdigt wird.

Im 2. Teil wählten die Mitglieder der Regionalgruppe LUP ihren neuen Vorstand.

Ein besonderer Dank galt der langjährigen Vorsitzenden Helga Süß, die sich nach vielen Jahren engagierter Arbeit aus dem Vorstand zurückzieht und die Arbeit in jüngere Hände gibt.

Einstimmig wurde der neue Vorstand mit dem Vorsitzenden Gottfried Hägele und den Stellvertretern Katrin Reu-



ter, Rene Koslowski und einem weiteren Mitglied, Katrin Koslowski, gewählt.

Der neue Vorstand möchte an viele gute Traditionen anknüpfen, wird sich aber auch bewusst die Frage stellen, mit welchen Fortbildungs- und Veranstaltungsangeboten können wir Mitglieder aktiv einbeziehen und eine lebendige Vereinskultur weiterentwickeln.

R. Cords

Besuch im Müritzeum und Wahl der Regionalvertretung



Der Landesverbandstag wirft seine Schatten voraus. In den Regionalgruppen finden die notwendigen Wahlen zur Bildung des jeweiligen Regionalvorstandes statt. So auch in der Regionalgruppe „Mecklenburgische Seenplatte“. Aus drei mach eins – so die Entscheidung des letzten Verbandstages. Der Zusammenschluss der drei alten Bereiche zog auch Veränderungen in der Leitungsstruktur nach

sich. Alte und neue Mitglieder nahmen ihre Arbeit als Vorstand der jetzt größten Regionalgruppe auf. Am 09.11.2018 wurde dann zurück- und gleichzeitig vorausgeblickt. Zu Beginn kamen alle anwesenden Mitglieder in den Genuss einer gut einstündigen Führung durch das Müritzeum. Sehr fachkundig und kurzweilig wurde uns ein großer Bereich des Naturerlebnisentrums erklärt beziehungsweise wieder in Erinnerung gebracht. Im Hintergrund immer wieder auch der Gedanke für mögliche Projekte mit unseren Schülern, egal welcher Klassenstufe. Anschließend ging es ins „Brauhaus“ zum zweiten Schwerpunkt des späten Nachmittags. Ein Rückblick des Vorsitzenden der Regionalgruppe, Hanjo Fandrich, auf die vergangene Arbeit mit ihren Schwierigkeiten und Hindernissen wurde durch die vielen angenehmen Erinnerungen der Teilnehmer ergänzt: das Treffen auf der „Burg Stargard“, die gemeinsame Floßfahrt mit Besuch des Wisentreservats in Damerow oder die Erlebnisse im „Hexenkeller“ in Penzlin – viel zustimmendes Nicken war ersichtlich. Natürlich kamen auch die Verbandsanliegen, Probleme, Sorgen und Wünsche immer wieder zur Sprache und sorgten für vielfältige Diskussionen. Andreas Liedtke, stellvertretender

Landesvorsitzender, ergänzte die Gesprächsrunde mit aktuellen Informationen aus dem Landesverband. Die Wahl zum nächsten Vorstand der Regionalgruppe bildete den nächsten Höhepunkt. Einstimmig wurde der „alte“ Vorstand verjüngt. Unsere jüngeren Beamtinnen Maria Stöckel und Stefanie Uteß wurden zu Stellvertreterinnen von Hanjo Fandrich gewählt. Sowohl Elke Bartsch als auch Roland Zahn sind erneut Mitglieder des aktuellen Vorstandes. Alle fünf sind sich einig, dass sie sich direkt vor Ort als auch in den entsprechenden Gremien für die Belange der VBE-Mitglieder engagieren werden. Zum Abschluss wur-

den noch Delegierte für den Landesverbandstag im April 2019 in Rostock bestätigt.

An dieser Stelle noch eine Bitte an unsere Mitglieder: Scheuen Sie sich nicht, Wünsche, Ideen, Probleme, Hinweise sowohl an den Regionalvorstand als auch an die Mitglieder des Bezirkspersonalrates heranzutragen. Das Gleiche gilt für Anträge an den Landesverbandstag im nächsten Jahr.

HF

Und dieses Mal alle Neune ... oder doch nur sechs?

Regionalgruppe Rostock



Zur Jahresmitgliederversammlung der Regionalgruppe Rostock trafen sich interessierte Kollegen am 4. Oktober 2018 traditionsgemäß bei Bowling Bohle in Rostock.

Wichtigste Inhalte der Veranstaltung waren nach einem Rechenschaftsbericht über vergangene Arbeitsjahre der Regionalgruppe die Entlastung des alten Vorstandes und die Wahl des neuen: Sechs Kollegen und Kolleginnen wurden gewählt. Im neuen Vorstand wirken als Vorsitzende Angela Pfefferkorn, die Stellvertreter sind Katrin Osterwald und Susan Meyer, weitere Vorstandsmitglieder Marion Deutschmann, Bernd Mangelsdorf und Volker Pietz.

Weiterhin wurden die Delegierten für den Verbandstag des VBE im April 2019 in Rostock gewählt.

In einer Runde regen Austausches haben wir über mögliche Schwerpunkte für die thematische Versammlung im Frühjahr diskutiert und erste Überlegungen gingen Richtung Urheberrecht und Datenschutz. Gerne sind wir auch für weitere Anregungen (terminlich bis Ende des Jahres) offen, liebe Mitglieder der Regionalgruppe Rostock.

Sorgen und Nöte gibt es in verschiedenen Bereichen: z. B. Anrechnung von Wegezeiten an Berufsschulen, Klassenleiterstunden an einer Grundschule und an Berufsschulen etc. Diese Fragen sind gesetzlich zu prüfen und gegebenenfalls zum Verbandstag zu diskutieren und als Forderungen an die Politik festzuschreiben.

Alle Neune waren in anschließend gemütlicher Runde das Ziel aller Kollegen. Als Sieger beglückwünschen wir hier nochmals Marion Deutschmann und Bernd Mangelsdorf.

Fortbildungsveranstaltung und Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Vorpommern/Greifswald

Am 29.10. 2018 hatte die Regionalvertretung Vorpommern/Greifswald nach Anklam eingeladen. Das Programm umfasste zwei Schwerpunkte. Zunächst konnte Frau Prof. Bockholdt, Direktorin des Institutes für Rechtsmedizin der Universität Greifswald, für einen Vortrag zum Thema „Erkennen von Kindeswohlgefährdung und Verhaltensstrategien für Pädagogen“ gewonnen werden.

Sachlich und fachlich fundiert, aber mit großem Einfühlungsvermögen schilderte sie die Aufgaben in ihrem

Arbeitsgebiet und wies immer wieder auf die Brisanz dieses Themas hin.

Im Anschluss beantwortete Frau Prof. Bockholdt zahlreiche Fragen. Viele der Anwesenden schätzten den Vortrag als sehr



gelungen ein und hätten sich gern ausführlicher mit der Thematik befasst.

Diese Veranstaltung erkannte das IQMV des Bildungsministeriums als Fortbildung an.

Im zweiten Programmschwerpunkt folgte die Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Vorpommern-Greifswald.

Der Vorsitzende der Regionalvertretung VG berichtete zunächst über Erreichtes in der letzten Wahlperiode. So organisierte die Regionalvertretung verschiedenste Fortbildungen. Diese waren gut besucht. Gleichzeitig wurde jedoch immer wieder erkennbar, dass die Größe des Landkreises das Arbeiten im Ehrenamt erschwert. Nach diesen Ausführungen standen zwei Wahlen auf der Tagesordnung. Es wurden eine neue Regionalvertretung und die Delegierten für den Landesverbandstag 2019 gewählt.

Die neue Regionalvertretung setzt sich nun aus dem Vorsitzenden Roland Müller und den Stellvertretern Michael Weiß und Uwe Mahn zusammen. Marion Feist und Julia Olbrich wurden als weitere Mitglieder gewählt. An dieser Stelle nochmals herzlichen Glückwunsch an die neue Regionalvertretung und ein Dankeschön an die ehemalige. Danach wurden die Delegierten für den Landesverbandstages des VBE 2019 gewählt.

Zum Abschluss der Veranstaltung bedankte sich der Vorsitzende der Regionalvertretung nochmals besonders bei Minette Volkwardt. Sie war im letzten Jahr in den verdienten Ruhestand gegangen. 28 Jahre hatte sie in den verschiedensten Gremien und Kreisverbänden des VBE mitgewirkt. Zuletzt war sie Stellvertreterin des Vorsitzenden der Regionalvertretung VG. Mit einem Blumenstrauß wurde ihr für die langjährige Arbeit gedankt.

Manuela Huget und Roland Müller

Wahlen der Regionalgruppe Vorpommern/Rügen



Die Regionalgruppe Vorpommern/Rügen lud zur Mitgliederversammlung nach Stralsund am 06.11.2018 ein. Schwerpunkte der zweistündigen Zusammenkunft waren die Wahl der Regionalvertretung und die Wahl der Delegierten zum Verbandstag 2019.

In die Regionalvertretung wurden Frau Grams, Frau Schwerin-Kaulicke, Frau Görz, Herr Kittel, Herr Hensel und Herr Engel gewählt. In die Funktion des Regionalbeauftragten wurde erneut Herr Engel gewählt, der von seinen Stellvertreterinnen Frau Schwerin-Kaulicke und Frau Grams tatkräftig unterstützt wird.

Auf dem Verbandstag 2019 wird der Regionalverband Vorpommern/Rügen vertreten durch Frau Grams, Frau Schwerin-Kaulicke, Herrn Ganek, Herrn Hensel und Herrn Engel.

Im Anschluss an die Wahl gab es intensive Diskussionen und Informationen über bildungspolitische Themen:

- Nachwuchsgewinnung Lehrkräfte – Landeslistenverfahren
- Tarifrrechtliche Informationen – Tarifverhandlungen 2019 und Eingruppierung von Grundschullehrkräften
- Entwurfsfassungen neuer Erlasse – APVO und PMSA
- Umgang mit Mehrarbeit und Arbeitszeitkonten
- Umgang mit Teilzeit über mehrere Jahre

Die Regionalvertretung Vorpommern/Rügen dankt allen teilnehmenden Kollegen und wünscht sich in der Zukunft eine etwas bessere Beteiligung.

*Frank Engel
Regionalbeauftragter*

Jahrestagung 2018 der VBE-Bundesseniorenvertretung

Vom 11.10. bis 13.10.2018 fand die Jahrestagung der VBE-Seniorenvertretung in der dbb-Akademie in Königswinter statt. Neben den Seniorenvertretungen der Bundesländer konnte Max Schindlbeck, Sprecher der Bundessenioren, auch den Bundesvorsitzenden des VBE, Udo Beckmann, als prominenten Gast begrüßen.

Dieser befasst sich, nachdem er sich für die Einladung und die erfolgreiche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen bedankt hat, in seinem Grußwort mit einer Reihe aktueller Arbeitsschwerpunkte des VBE-Bundessvorstands. Unter anderem begrüßt er, dass es gelungen sei, nach dem dbb-Gewerkschaftstag 2017 VBE-Vertreter in wichtigen Kommissionen und Arbeitsgruppen des dbb zu platzieren, und durch Umfragen zu bestimmten Kernthemen wie Inklusion und Gewalt in Schulen eine teilweise bundesweite Medienpräsenz erreicht zu haben. Er berichtet über die sehr erfolgreichen und inzwischen fest etablierten Großprojekte „Deutscher Lehrertag“, „Deutscher Schulleiterkongress“, „Kita-Leitungskongress“ und das Filmprojekt „Ich-Du-Inklusion“.

In den Schulen aller Länder sieht er den eklatanten Lehrermangel, vor allem in den Grundschulen, als die große Herausforderung für alle politisch Verantwortlichen. Er verurteilt vehement die Versuche der AfD, Unruhe und Spitzeltum in die Schulen zu tragen. Diese Problematiken beherrschen auch die anschließende Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen.

Die Bundesseniorenvertretung wendet sich danach den übrigen Tagesordnungspunkten zu. Sie nimmt die persönlichen Aktivitäten des Bundessprechers, Max Schindlbeck, zur Kenntnis, begrüßt die erarbeiteten Stellungnahmen, die an den dbb-Gewerkschaftstag gerichteten Anträge, besonders die erreichte Rechtsschutzgewährung durch den dbb bei der Zuordnung von Pflegegrade.

In der Abfolge der Sachvorträge referiert Mario Menne-mann, IT-Trainer aus Bonn, über sicheres Recherchieren im Internet. Er benennt die häufigsten Angriffe auf die Daten und Implementierungen und zeigt auf, wie geeignete Abwehrmaßnahmen erfolgreich sein können. Er rät zu besonderer Vorsicht bei Downloads von Webseiten und dem Folgen nicht eindeutiger Links.

Georg Baumann, Rechtsanwalt und Datenschutzexperte, befasst sich mit der EU-Datenschutz-Grundverordnung und speziell mit deren Auswirkungen auf das Vereinsrecht. Er weist darauf hin, dass erst beim externen Gebrauch der Daten der Verwendungszweck genau definiert werden und die Zustimmung der identifizierbaren Personen vorliegen muss.

Gerd Kurze, stellvertretender Bundessprecher, erläutert das Rentenpaket I. Er listet die wesentlichen Einzelmaßnahmen auf, bemängelt bei der Finanzierung erneut die

Belastung der Rentenkasse mit den Kosten sachfremder Leistungen. Den Einstieg in eine Grundrente begrüßt er; denn bei einem weiteren Ausbau könnte sie der Altersarmut wirksam vorbeugen.

Die Dipl.-Sozialpädagogin Ursula Lenz von der BAGSO stellt eine große Anzahl von Übungsbeispielen für das Gedächtnistraining von Senioren vor. Sie erklärt die hirnrnorganischen Zusammenhänge und das darauf abgestimmte MAT (Mentales Aktivierungstraining). Auch bei intensivem Üben sei nicht Verbissenheit, sondern Beharrlichkeit in Verbindung mit Hirnblockaden lösenden Pausen gefragt.

Bei den Berichten aus den Bundesländern stehen die Maßnahmen zur Betreuung der Senioren im Vordergrund, aber auch aktuelle schulpolitische Entwicklungen. Es stellt sich heraus, dass die Rücklagenbildung in den Versorgungs- und Pensionsfonds sehr unterschiedlich gehandhabt wird und in der Regel eine Unterfinanzierung vorliegt.

Gerhard Kurze, Okt. 2018



11. Landesverbandstag des Verbandes Bildung und Erziehung, Mecklenburg-Vorpommern

Zukunft ist, was wir draus machen!

5./6. April 2019

Pentahotel Rostock, Schwaansche Str. 6

5. April

Verbandstag für die Delegierten des VBE M-V

6. April

9.30 Uhr Öffentliche Veranstaltung

forsa-Umfrage unter Eltern und Lehrkräften: „Wertorientierungen und Werteerziehung in Deutschland“

Werteerziehung: Mehr Priorität! Mehr Gestaltungsfreiraum! Mehr Zeit!

Angesichts der Verrohung der Umgangsformen in unserer Gesellschaft und aktueller Ereignisse wie jüngst in Chemnitz ist der sofortige Ruf der Politik nach mehr Werte- und Demokratieerziehung laut geworden. Dies hat der Verband Bildung und Erziehung (VBE) zum Anlass genommen, eine Umfrage unter Eltern und Lehrkräften zum Thema Wertorientierungen und Werteerziehung in Auftrag zu geben und hiermit einen Impuls für die Wertedebatte zu setzen. Eltern wie auch Lehrkräfte formulieren danach in überwältigender Deutlichkeit, wie wichtig Ihnen das Thema Werteerziehung und eine Orientierung an den gesetzlich verankerten Bildungs- und Erziehungszielen in Schule sind. Über 90 Prozent der Eltern geben für 8 der 16 abgefragten Bildungs- und Erziehungsziele an, dass ihnen diese (sehr) wichtig sind, über 90 Prozent der Lehrkräfte erachten sogar 12 der 16 Bildungs- und Erziehungsziele als (sehr) wichtig“, kommentiert Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, anlässlich der heute veröffentlichten Ergebnisse. Für die Studie wurden von der Universität Tübingen unter Leitung von Dr. Martin Drahm und Prof. Dr. Colin Cramer in Kooperation mit forsa 1.111 Eltern schulpflichtiger Kinder sowie 1.185 Lehrerinnen und Lehrer an allgemeinbildenden Schulen befragt. Die Ergebnisse liefern erstmals einen Abgleich zwischen den Erwartungen von Eltern und den Einschätzungen von Lehrkräften zu diesem Thema. Die konkreten Zahlen finden Sie auf der Homepage des VBE M-V.

Gefragt nach aktuellen Themen in der Wertedebatte vertreten über 90 Prozent der Eltern und Lehrkräfte die Meinung, dass auch in einer multikulturellen Gesellschaft bestimmte Werte für alle Menschen, die hier leben, gelten müssen. Nur 3 Prozent der Lehrkräfte und 10 Prozent der Eltern halten eine Wertediskussion in Schule für überflüssig. Immerhin 54 Prozent der Eltern und sogar 73 Prozent der Lehrkräfte sehen eine Gefahr, die von einer „Beliebig-

keit in der Frage um Werte“ ausgehen würde. „Schule ist ein Ort, der Schülerinnen und Schülern eine Orientierung in der Ausbildung ihrer Werthaltung geben soll und muss. Deshalb muss für Schule ein universell geltender Gesamtkanon an zu vermittelnden Werten gelten“, fordert Beckmann.

Hinsichtlich der Frage, wie wichtig bestimmte Akteure bei der Vermittlung von Werten gegenüber Kindern und Jugendlichen sind, betonen nahezu alle Eltern und Lehrkräfte die bedeutsame Rolle des Elternhauses. Eine große Mehrheit der Eltern und Lehrkräfte gibt zudem an, dass folgend mit ähnlicher Bedeutung auch Schule, die Partnerin bzw. der Partner, der Freundeskreis und der Eigeneinfluss eine wichtige Rolle spielen. Was die Umfrage auch zeigt: Nur ein Drittel der Eltern und Lehrkräfte geben an, dass die Kirche beziehungsweise Religionsgemeinschaft wichtig ist. Der VBE fordert:

- Die feste, fächerübergreifende Verankerung und deutlich stärkere Priorisierung aller Erziehungs- und Bildungsziele in den Lehrplänen von Schulen, und zwar fächerübergreifend
- Mehr Flexibilität, freie Gestaltungsräume und vor allem mehr Zeit für Schule, um Werteerziehung zu implementieren und erlebbar machen zu können
- Basierend auf einem Diskurs von Politik und Gesellschaft die Verständigung auf einen gemeinsamen Wertekanon, der Orientierung für alle Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern bietet
- Entschiedenenes Handeln von der Politik, welches für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen, Rahmenbedingungen und Unterstützungsleistungen sorgt. U. a.:
 - die Einsetzung multiprofessioneller Teams,
 - den Ausbau von qualitativer, wertorientierter Ganztagschule und
 - adäquate Voraussetzungen für die Erziehungspartnerschaft zwischen Lehrkräften und Eltern
- Ein verbessertes, intensiveres und standardisiertes Angebot von Veranstaltungen zur Werteerziehung in allen Phasen der Lehreraus- und -fortbildung, welches die intensive Auseinandersetzung mit dem eigenen Werteverständnis zum Ziel hat
- Die Bereitstellung einer zeitgemäßen technischen Infrastruktur an Schule, um einen reflektierten Umgang mit Medien als einem wichtigen Akteur bei der Wertevermittlung fördern zu können
- Ein verstärktes gesellschaftliches Engagement, welches außerschulische Angebote an Schule heranträgt und Lehrerinnen und Lehrer bei der Werteerziehung unterstützt

Bedeutung verschiedener Bildungs- und Erziehungsziele *)

Verband Bildung und Erziehung
VBE

Es ist (sehr) wichtig, dass folgende Bildungs- und Erziehungsziele an Schule vermittelt werden:	Eltern %	Lehrkräfte %
Eigenverantwortliches Handeln	96	96
Förderung des selbstständigen Lernens	94	94
Erwerb sozialer Kompetenzen	93	96
Förderung der Persönlichkeitsentwicklung	92	95
Erwerb von Konfliktfähigkeiten/der friedliche Umgang mit Konflikten	92	95
Anerkennung gesellschaftlicher Grundwerte	92	97
Achtung der Menschenrechte	91	97
Vorbereitung auf das zukünftige Leben	91	92
Schaffung von Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt	89	94
Einüben von Toleranz	86	97
Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern	83	91
Orientierung an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung/Demokratieverziehung	82	95

*) dargestellt sind die Werte 1 und 2 auf einer Skala von 1 = sehr wichtig bis 6 = völlig unwichtig. Quelle: forsa

GEW und VBE: „Höhere Investitionen in die Fortbildung von Lehrkräften überfällig“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) kritisieren, dass das Thema Fortbildung bei der Diskussion um die Bildungsqualität in Deutschland seit Jahren „stiefmütterlich behandelt wird“. Sie mahnen höhere Investitionen in die Fortbildung an, damit diese quantitativ und qualitativ ausgebaut wird. Zudem müsse dem Thema Fortbildung von Kultusministerkonferenz (KMK) und Ländern mehr Bedeutung beigemessen werden. „Integration, Inklusion und Digitalisierung stellen Anforderungen an Lehrkräfte, denen sie nur mit einer qualitativ hochwertigen Vorbereitung angemessen begegnen können. Engagement und Motivation der Lehrkräfte allein reichen dafür nicht aus. Die Politik ist gefordert, Lehrkräfte endlich ausreichend zu unterstützen. Es kann nicht sein, dass ihnen immer mehr abverlangt wird, die Politik aber die notwendige Unterstützung durch Fortbildung verweigert“, bemängelt Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender.

Der Deutsche Verein zur Förderung der Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung e. V. (DVLfB) hat unter der Leitung des Lehrerfortbildungsexperten Peter Daschner und mit Unterstützung der Bosch Stiftung in einer umfangreichen Bestandsaufnahme festgestellt, dass die Fortbildung massiv unterfinanziert sei. Die Investitionen in diesem Bereich seien demnach in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. „Man darf bei der Weiterentwicklung der Bildungsqualität nicht immer nur auf den Lehrkräftenachwuchs und das Studium setzen und dabei die Lehrkräfte im Schuldienst vernachlässigen“, betont GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann, die für Schule verantwortlich ist. Hier gebe es zu wenig Unterstützung durch gezielte schulinterne Fortbildungen. Zudem brauche es einen Anspruch auf eine fixe Zahl an Fortbildungstagen für schulinterne Fortbildungen.

Die Lehrerfortbildung ist laut Bestandsaufnahme des DVLfB schlecht vorbereitet auf die Herausforderungen, denen sich die Schulen derzeit gegenübersehen. Es fehle an Angeboten, nachhaltigen Formaten, Strukturen und Personal. „Gerade angesichts des Lehrkräftemangels müssen die Kapazitäten in den Fortbildungsinstituten massiv erhöht werden. Die Lehrkräfte an den Schulen stemmen momentan immer mehr. Deshalb müssen sie besonders intensiv auf die Aufgaben vorbereitet werden“, unterstreicht Hoffmann. Dazu braucht es Qualität auf allen Ebenen des Fortbildungssystems. „Weil die aber bisher von der Bildungspolitik vernachlässigt wurde“, so der Vorsitzende des DVLfB Rolf Hanisch, „haben wir neben der Bestandsaufnahme einen Musterqualitätsrahmen entwickelt – als Bauplan für wirksame Fortbildung“. Der VBE-Bundesvorsitzende Beckmann macht deutlich, dass sich auch die Planung verändern müsse: „Muss eine Schule mit

100 Prozent Lehrerbesetzung planen, reißt jede Fortbildung ein Loch in den Stundenplan. Damit jede Lehrkraft während der Dienstzeit Fortbildungen wahrnehmen kann, braucht es einen entsprechenden Stellenpuffer pro Schule.“

VBE und GEW schließen sich den Handlungsempfehlungen des Deutschen Vereins zur Förderung der Lehrerfortbildung (DVLfB) an und fordern von KMK und Kultusministerien:

- Herstellung von Transparenz und Vergleichbarkeit durch regelhafte Berichterstattung nach definierten Kriterien (KMK-Kommission Lehrerbildung)
- Länderübergreifende Kooperation, z. B. bei der Entwicklung nachhaltiger Formate und aussagekräftiger Evaluationsverfahren
- Systematische Erfassung des Fortbildungsbedarfs durch gezielte Befragung der Lehrerschaft und Nutzung vorhandener Daten wie der schulischen Fortbildungspläne sowie der Ergebnisse von Schulinspektionen
- Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung
 - gemeinsame Standards (vgl. der neue Musterorientierungsrahmen des DVLfB)
 - gemeinsame Kriterien für Monitoring, Evaluation und Berichterstattung
 - Umsteuerung bei den Formaten: Entwicklung und Einsatz wirksamer Angebote mit Input-, Erprobungs- und Reflexionsphasen
 - länderübergreifender Austausch zu good practice und Kooperation bei der Vergabe von Forschungsaufträgen
 - Professionalisierung des Fortbildungspersonals (spezifische Qualifizierung, Einsatz mit mindestens einer Drittelstelle; Zertifizierung der freien Anbieter)
 - definierte Zeitgefäße für die Lehrerfortbildung (100 Prozent + x Versorgung im Lehrstellenplan) zur Ermöglichung wirksamer Formate und zur Vermeidung von Unterrichtsausfall
- Ressourcenabbau stoppen, Angleichung an die Entwicklung der Ausgaben für das staatliche Schulwesen
 - Offenlegung der tatsächlich für Lehrerfortbildung eingesetzten Mittel
 - Einigung auf Kostenkriterien
 - Beteiligung der -Lehrerfortbildung an der Qualitäts-offensive Lehrerbildung.

Ihre Meinung zum Handschreiben ist gefragt!

Das Erlernen der Handschrift weist sich nachweislich positiv auf die Entwicklung der motorischen und geistigen Fähigkeiten von Kindern aus. Was wir handschriftlich notieren, können wir uns besser merken. Das gilt auch für Schülerinnen und Schüler beim Erlernen von Unterrichtsstoff. Allerdings gibt es keine neueren Erkenntnisse zum Handschrifterwerb. Auch der Einfluss des Einsatzes digitaler Endgeräte auf den Handschrifterwerb und die Dualität beider Methoden im Unterrichtseinsatz ist nicht erforscht. Aus diesem Grund führen das Schreibmotorik Institut und der Verband Bildung und Erziehung als exklusiver Kooperationspartner die Umfrage „**STEP 2019: Studie über die Entwicklung, Probleme und Interventionen zum Thema Handschreiben**“ durch.

Fokus der Studie ist, zu identifizieren, welche Probleme mit dem Handschreiben es gibt, woher sie kommen und wie sie sich in der Praxis lösen lassen. Denn es ist unklar, wie viele Schülerinnen und Schüler derzeit Schwierigkeiten haben, eine „gut lesbare, flüssige Handschrift“ zu entwickeln, wie es in den Bildungsstandards vorgegeben ist. Die Umfrage soll eine Datengrundlage liefern, die hilft, politischen Druck aufzubauen – damit Kitas und Schulen mehr Ressourcen zur Förderung erhalten.

Hier geht es zur Umfrage:

<https://media.4teachers.de/step2019/>

Die Umfrage findet ab sofort bis Januar 2019 statt.



„Es geht beim Handschreiben nicht nur um eine schöne, aber im Zeitalter der Digitalisierung doch verzichtbare Kulturtechnik – sondern um Bildungschancen. Neurowissenschaftler weisen darauf hin, dass bei Kindern die motorische und die kognitive Entwicklung zusammenhängen. Wissenschaftliche Tests belegen, dass mit wenig Aufwand durch spielerische Übungen sich die schreibmotorischen Fähigkeiten der Kinder schnell verbessern lassen. Allerdings benötigen die ohnehin schon stark belasteten Kitas und Schulen dafür Unterstützung. Ich appelliere an Lehrkräfte aller Schulformen, sich an der STEP-Studie, einer Online-Umfrage auf 4teachers, zu beteiligen und dafür 15 Minuten aufzuwenden, um die Probleme öffentlich zu machen“, so Dr. Marianela Diaz Meyer, Geschäftsführerin des Schreibmotorik Instituts.

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), ruft alle Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme an der Umfrage auf: „Handschreiben ist keine überholte Technik. Gestern, heute und auch morgen wirkt sich das Schreiben mit der Hand positiv auf die Entwicklung der motorischen und geistigen Fähigkeiten eines Kindes aus. Dies belegen Studien. Gleichzeitig sehen wir die gesellschaftliche Entwicklung. Die Digitalisierung schreitet voran und macht auch vor Schule nicht halt. Wir sind überzeugt, dass der Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht im Methoden-Mix ein sinnvolles Mittel sein kann. Deshalb wollen wir das Handschreiben auch nicht dagegen ausspielen. Es darf nicht um ein „Entweder-oder“, sondern muss um ein „Sowohl-als-auch“ gehen. Mit der Umfrage legen wir den Finger an den Puls der Zeit und wollen auch Fragen zur Dualität der bewährten und modernen Kulturtechniken beantworten. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich beteiligen und uns so ermöglichen, ein repräsentatives Lagebild aus den Schulen zu erhalten!“



Fit für die Zukunft

Jahrestagung der VBE-Seniorenvertretung und 2. Bundesseniorenkongress des dbb im Oktober

Die dbb bundesseniorenvertretung hat auf dem 2. Bundesseniorenkongress, der am 29. und 30. Oktober 2018 in Berlin stattfand, eine neue Leitung gewählt. Der Bundessprecher der VBE Seniorenvertretung, Max Schindlbeck, wurde dabei in seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung bestätigt. Vorsitzender wird Dr. Horst Günther Klitzing (DPHV), zweiter Vorsitzender ist Siegfried Damm (VDStra). Ebenfalls neu im Vorstand der Seniorenorganisation ist Anke Schwitzer (DSTG) als stellvertretende Vorsitzende. Klaus-Dieter Schulze (komba) wurde durch das Votum des Bundesseniorenkongresses in seinem Amt bestätigt.



Die Delegierten kamen unter dem Motto „Ob jung, ob alt – Zusammenhalt!“ zusammen. Neben der programmatischen Ausgestaltung gab es eine öffentliche Veranstaltung, auf der der dbb Bundesvorsitzende, Ulrich Silberbach, die Staatssekretärin Juliane Seifert aus dem Bundesfamilienministerium und der Bundesminister a.D., Franz Müntefering, Grußworte hielten.



Zwei Wochen früher hatte sich vom 11. bis 13. Oktober 2018 die VBE Seniorenvertretung in Königswinter zur Jahrestagung getroffen. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, sprach in seinem Grußwort die aktuellen Herausforderungen in der Bildungspolitik an und diskutierte mit den Delegierten.

Gleich zwei Experten referierten zu modernen Technologien: Mario Mennemann, IT-Trainer aus Bonn, sprach über sicheres Recherchieren im Internet. Er zeigte auf, was die häufigsten Angriffe auf Daten sind und wie diese erfolgreich abgewehrt werden können. Besonders wichtig: Vorsicht walten lassen bei Downloads von Webseiten und dem Folgen nicht eindeutiger Links (auf „https“ in der Browserzeile achten). Georg Baumann, Rechtsanwalt und Datenschutzexperte, befasst sich mit der EU-Datenschutzgrundverordnung und speziell mit deren Auswirkungen auf das Vereinsrecht. Weitere Referentin war die Diplom-Sozialpädagogin Ursula Lenz von der BAGSO. Sie stellte eine große Anzahl von Übungsbeispielen für das Gedächtnistraining von Seniorinnen und Senioren vor. Ihr Tipp: das MAT (Mentales-Aktivierungs-Training).

In eigener Sache: Start von „VBE Fokus“

Am Anfang des Monats über die Aktivitäten des VBE Bundesverbandes informiert werden? Oder aktuelle Informationen und Berichte zu Veranstaltungen und Themenschwerpunkten sehen? Dann haben wir jetzt das richtige Angebot für Sie!

VBE Fokus startet im November 2018 – und Sie können profitieren. Mit VBE Fokus erhalten Sie am ersten Werktag eines Monats einen Newsletter mit relevanten Informationen aus dem Bundesverband, Terminhinweisen und Links zum aktuellen bildungspolitischen Geschehen – direkt in Ihr E-Mail-Postfach. Melden Sie sich gleich an! Das Anmeldeformular finden Sie hier: www.vbe.de/vbe-fokus.

Und: Immer auf dem neuesten Stand sind Sie mit unserem Blog „VBE Fokus“. Die Berichte vom nächsten Newsletter – schon heute auf der Webseite. Sie finden die Beiträge unter: www.vbe.de/vbe-fokus

Seien auch Sie dabei! Bereits 1.100 Teilnehmende bei der Handschreibumfrage

Der VBE Bundesverband und seine 16 Landesverbände führen gemeinsam mit dem Schreibmotorik Institut aktuell die Umfrage „STEP 2019: Studie über die Entwicklung, Probleme und Interventionen zum Thema Handschreiben“ durch. Schon einen Monat nach Start der Umfrage haben über tausend Lehrkräfte die Fragen zum Handschrifterwerb, dem Einfluss des Einsatzes digitaler Endgeräte auf den Handschreiberwerb und die Dualität beider Methoden im Unterrichtseinsatz beantwortet. Ihre Meinung zählt.

Zeichen setzen: Reise nach Israel und Palästina

Ende Oktober 2018 wurde von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) eine gemeinsame Delegationsreise nach Israel und Palästina durchgeführt. Die beiden Gewerkschaften arbeiten auf internationalem Parkett eng zusammen und sind Mitglieder der Bildungsinternationalen (Education International EI). An der einwöchigen Reise nahmen von VBE-Seite der Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, und das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Gerhard Brand, teil.

„Die Umsetzung des ‚Lernens in der digitalen Welt‘ ist in Israel schon deutlich weiter. Ein Großteil der Schulen ist bereits mit Tablets ausgestattet und die Fort- und Weiterbildung für die Lehrkräfte ist gesichert“, stellte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE, fest. Allerdings sehen sich die Lehrkräfte auch in Israel wachsenden Anforderungen an den Lehrberuf gegenüber. Aus diesem Grund verlassen innerhalb der ersten fünf Berufsjahre 28 Prozent der Lehrkräfte diesen wieder.

Um einen realistischen Eindruck von der Situation in Israel und Palästina zu erhalten, gab es neben Gesprächen mit den Gewerkschaften beider Seiten auch Schulbesuche und Besuche von Kitas. Der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann stellt fest: „Für meine internationale Arbeit war es sehr wichtig, die besondere Situation vor Ort zu erleben und die Sichtweise der israelischen als auch der palästinensischen Seite zu hören. Zudem finde ich es ein gutes Zeichen, dass zwei in Deutschland konkurrierende Gewerkschaften sich gemeinsam für Verbesserungen der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit auf internationaler Ebene einsetzen.“ Vereinbarung wurde auch deshalb, den Austausch zwischen allen Gewerkschaften fortzuführen.



Marlis Tepe (4. von rechts), Vorsitzende der GEW, und Udo Beckmann (3. von links), VBE-Bundesvorsitzender, zusammen mit Delegationsteilnehmenden und Franciska Obermayer (3. von rechts), Leiterin der Kulturabteilung der Deutschen Botschaft Israel



Der VBE im Gespräch: MdB Birke Bull-Bischoff, DIE LINKE

Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, und sein 1. Stellvertreter, Rolf Busch, trafen Ende September 2018 die Bundestagsabgeordnete Birke Bull-Bischoff. Die bildungspolitische Sprecherin wurde 2017 in den Deutschen Bundestag gewählt. Zuvor war die Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt.

Inklusion sei ihr ein besonders wichtiges Anliegen, betonte Birke Bull-Bischoff gleich zu Beginn des Gespräches. Sie kritisiert, dass Schulen notwendige Ressourcen verwehrt würden und dies fatale Auswirkungen auf die Umsetzung einer inklusiven Beschulung habe. Die Lehrerbildung müsse qualitativ und quantitativ entschieden gestärkt werden, auch, aber eben nicht nur, um dieser Herausforderung angemessen begegnen zu können. Beckmann wies darauf hin, dass dies eine bedarfsgerechte Ausbildung durch alle Länder einschließen müsse und Seiten- und Quereinsteigende ausreichend vorqualifiziert werden müssen. Er berichtete in diesem Zusammenhang auch vom Dokumentarfilm „Ich. Du. Inklusion - Wenn Anspruch auf Wirklichkeit trifft“, der 2017 vom VBE unterstützt wurde und für eine breite Resonanz und zu wichtigen öffentlichen Diskussionsveranstaltungen geführt hatte.

Mit Blick auf den Status Quo zum Nationalen Bildungsrat konstatierte Bull-Bischoff, dass man abwarten müsse, wie dieser letztlich konkret ausgestaltet werde solle. In ihrem Hinweis darauf, dass nach jetzigem Planungsstand Praktiker in die Arbeit des Gremiums einbezogen werden sollen, erkennt Beckmann das immer gleiche Vorgehen der Kultusministerkonferenz, hier Einzelpersonen anstatt der demokratisch legitimierten Gewerkschaften hinzuzuziehen. Generell betonte Bull-Bischoff, dass der Nationale Bildungsrat nur dann ein Erfolg werden könne, wenn hier nicht nur zu Beginn, sondern dauerhaft und entschieden an umsetzungsorientierten Maßnahmen gearbeitet würde.

Jetzt teilnehmen!

<https://media.4teachers.de/step2019/>

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Schilf ist mehr als Uferbepflanzung

Am Donnerstag in der Vorbereitungswoche dieses Schuljahres erreichte mich die Einladung zu einem 3-wöchigen Seminar, welches in exakt 4 Tagen beginnen würde. Es war das Einstiegsseminar zur Seiteneinsteigerqualifikation, welches ich mit etwa 50 Mitstreitern aus dem Schulamtsbereich besuchte. Und so erhielten wir einen Crash-Kurs in Didaktik und Methodik. Wir, das sind Doktoren, Diplom-Biologen, Handwerker, Musiker ... kurz gesagt: bunt durchmischt. Das Seminar war zudem für alle, also für alle Fächer, für alle Schulformen. Da wurde nicht differenziert, was dazu führte, dass es sehr allgemein gehalten war. Und so befassten wir uns mit den 10 Merkmalen guten Unterrichts von Hilpert Meyer, mit dem Classroom-Management, mit verschiedenen Methoden und auch mit Fragen des Schulrechts. Wir planten eine Sequenz und eine Stunde. Aber bei 50 Teilnehmenden ist es illusorisch zu glauben, dass jeder eine adäquate Einschätzung zu seinen Planungen erhält.

Ausgerüstet mit dem Wissen aus diesem Seminar startete ich in das Schuljahr und in den Unterricht von 27 Wochenstunden; 28 – wenn man die Mentorenstunde hinzuzählt. Ohne einen Partner oder Freund, der schon Lehrer ist und bei der Planung unterstützend zur Seite steht, ist es sehr schwer, so viele Stunden in so kurzer Zeit zu planen. Auch der Umstand, dass die Seiteneinsteiger mit 3-wöchiger Verspätung an die Schulen kamen, machte es nicht einfacher. Schließlich sollten bis zu den Oktoberferien die ersten Noten gegeben werden.

Aber wie gibt man Noten? Mündlich? Schriftlich? Wie erstellt man eigentlich einen Test? Was sind Anforderungsbereiche? Was Operatoren? Wie formuliert man einen Erwartungshorizont? Wie korrigiert man dann den Test? Wie funktioniert die Eingabe ins Notenprogramm? Was genau ist ein Nachteilsausgleich? Aber auch so banale Fragen wie: Was muss ich ins Klassenbuch eintragen? Ich habe in die Spalte der fehlenden Schülerinnen und Schüler immer die Namen eingetragen, weil ich mit den Zahlen nichts anfangen konnte, bis ich nach einiger Zeit die eingeklappte Schülerliste entdeckt habe. Solche für Lehrer selbstverständliche Sachverhalte konnten nicht so behandelt werden, wie wir es gebraucht hätten.

Als Seiteneinsteiger ist man sozusagen Referendar, aber mit voller Stundenzahl und oft ohne pädagogisches Vor-

wissen. Und was ich schnell mitbekam: Als Referendar weiß man meist, welche Fragen man stellen muss, als Seiteneinsteiger fällt das oft schwer. So versäumte ich beispielsweise eine Klassenkonferenz, da ich nicht wusste, was das ist, und mich durch den kleinen Zettel an der großen Pinnwand nicht angesprochen fühlte. Auch mit dem Begriff Schilf verband ich bisher Pflanzen, die am Ufer eines Gewässers wachsen. Dass sich dahinter eine verpflichtende Fortbildungsveranstaltung verbarg, erfuhr ich durch Zufall – 2 Tage vor ebendieser.

Folglich besteht die Herausforderung für mich zum einen darin, den Unterricht zu planen und durchzuführen, zum anderen darin, die Schulorganisation zu begreifen. Und zwar von einem Tag auf den anderen. Würde ich nochmal als Seiteneinsteiger anfangen, würde ich wohl einen Teilzeitvertrag abschließen. Ich überlege auch derzeit, ob ich einen Teilzeitantrag stelle. Man muss das nur mal zusammenaddieren: 27 Unterrichtsstunden, für deren Planung ich deutlich länger brauche als ausgebildete Lehrer, Fortbildungsveranstaltungen, die alle Kolleginnen und Kollegen der Schule absolvieren (Schilf und Inklusionsfortbildung), Klassenleitertätigkeit, diverse schulische Veranstaltungen und schließlich die weiteren Seminare zur Seiteneinsteigerqualifikation.

Ich versuche den Job, so gut es mir möglich ist, zu machen, aber stets in dem Bewusstsein, dass ich trotz meiner vielseitigen Berufserfahrung immer noch ein Auszubildender bin. Das Kollegium und die Schulleitung haben mich sehr gut aufgenommen. Die meisten sind froh und hilfsbereit, andere haben ihre Vorbehalte gegenüber Seiteneinsteigern schon über Bord geworfen, einige äußern Bewunderung darüber, diese Qualifikation unter den gegebenen Bedingungen zu machen. Über das positive Feedback bin ich dankbar und es motiviert mich genauso wie die Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler. Eine Schülerin sagte einmal zu mir: „Sie müssen dafür kämpfen, dass Sie bei uns Unterricht haben.“ Und ich werde auch weiterhin kämpfen, um weiter unterrichten zu können, denn bei all dem Stress ist es eine wundervolle Aufgabe, Lehrer zu sein.

(Autor ist der Redaktion namentlich bekannt)

Suchmaschinen

Neben Google gibt es eine Reihe ausgezeichneter Spezial-Suchmaschinen, die in ihrem Gebiet in der Regel bessere Ergebnisse liefern als Google! Zudem gibt es Suchmaschinen, mit denen diskret gesucht werden kann, die also keine Daten weitergeben. Zu den Spezialsuchmaschinen zählen z. B. findsounds.com und soundjax.com für Musik, science-research.com und wolframalpha.com für die wissenschaftliche Suche oder yasni.de und spokeo.com für Personensuche. Diskrete Suchmaschinen sind z. B. duckduckgo.com,



DuckDuckGo

startpage.com oder qwant.com. Eine Übersicht über die verschiedenen Suchmaschinen finden Sie z. B. unter:

www.suchfibel.de

Privatsphäre

Im Internet sind Sie immer sichtbar! Egal, wo sie surfen, egal, was Sie sich anschauen, Google und Co. erfahren es! Aber es gibt Möglichkeiten, die Privatsphäre zu schützen. So helfen z. B. das Unterbinden von „Cookies“, das Deaktivieren von Suchmaschinen-Trackern oder die Nutzung eines speziellen Browsers wie z. B. dem „Comodo Dragon“. Aber auch in „normalen“ Browsern wie „Firefox“ oder „Edge“ gibt es Sicherheitseinstellungen, die Sie beachten sollten. So können Sie z. B. in Firefox das Tracken teilweise verhindern und Cookies nach Schließen von Firefox automatisch löschen lassen. Je nach Einstellung werden Eingaben allerdings nicht mehr gespeichert! Hier finden Sie Empfehlungen für viele Browser: www.bsi-fuer-buerger.de



Windows-Stick

Wenn Sie Ihr Windows-System auf einen externen Datenträger klonen wollen, können Sie Win2USB nutzen. Das kostenlose Programm erstellt einen Datenträger, von dem aus Sie Ihr Windows an jedem beliebigen Rechner starten können. Allerdings benötigen Sie meist einen großen Stick oder eine externe Festplatte, sogar 128 GB reichen oft nicht aus! Um Fehler auf Ihrem Rechner zu beheben, um z. B. einen Virus zu entfernen, empfiehlt sich ein Linux-Stick. Fertige Notfall-Systeme finden Sie im Internet, z. B. die „Computer Bild Notfall-DVD Free“, die immer aktualisiert wird. Solche Systeme lassen sich von DVD oder von einem USB-Stick starten. In der Regel reicht ein 8-GB-Stick aus, der im Handel für weniger als 10 Euro erhältlich ist. Download solcher Systeme z. B. hier: www.computerbild.de



Enterprise-PC

Suchen Sie einen außergewöhnlichen Spitzen-PC? Sind Sie Star-Trek-Fan? Dann ist der „Titanium Enterprise NCC-1701A“ von Lenovo genau der richtige Rechner für Sie! Für umgerechnet ca. 3.800 Euro sind z. B. ein Intel i9-Prozessor und eine Nvidia-Geforce-RTX-2080-Grafikkarte verbaut. In der „Untertassen-Sektion“ ist stilgerecht ein Beamer integriert. Der Rechner ist zunächst nur in China zu erwerben, ob er Europa erreicht, ist fraglich.



Apple

Drei neue iPhones hat Apple 2018 vorgestellt. Erstmals gibt es ein Modell, das die Marke von 6 Zoll bei der Displaydiagonalen überschreitet. Das Top-Modell „XS Max“ kostet mit seinem 6,5-Zoll-Display mindestens stattliche 1249 €, mit einem Speicher von 512 GB sogar 1649 €! Fast schon ein Sonderangebot ist dagegen das günstigste Modell, das iPhone XR. Sein Display ist mit 6,1 Zoll groß, die LCD-Technik im Vergleich zur OLED-Technik der XS-Modelle aber deutlich schlechter. Es kostet ab 849 €, also etwa so viel wie die Top-Modelle der Android-Konkurrenz. Technische Vorteile bieten die Apple-Smartphones im Unterschied zu früher nicht mehr. Der Marktanteil von Apple im Smartphone-Markt liegt in Deutschland bei etwa 20 %, weltweit bei etwa 12 %. Damit liegt Apple weit hinter Samsung und nur noch knapp vor Huawei auf dem 2. Platz. Wenn Apple nicht innovativer wird, droht der Firma das Schicksal von ehemals großen Firmen wie Commodore, Atari oder Nokia.

Kopfhörer

In der Straßenbahn, im Zug oder im Flugzeug stören beim Hören die Nebengeräusche. Schon lange gibt es Kopfhörer, die diese Geräusche unterdrücken. Der neue „Sony WH-1000XM3“-Kopfhörer verspricht dank neuem Prozessor auch die Unterdrückung von Straßenlärm oder Stimmen. Mit einem Preis von ca. 380 Euro ist der Kopfhörer noch teuer. Die Spitzenmodelle von Sennheiser oder Bose sind mit ca. 260 bzw. 300 Euro günstiger, da sie bereits weit unter UVP angeboten werden.

www.sony.de

Metz

Früher war Deutschland führend in der Fernsehtechnik. Übrig geblieben sind nur noch drei Hersteller: Loewe, Technisat und Metz. Metz versucht nun mit einer neuen Produktreihe, günstiger und auch im Ausland erfolgreich zu werden. Die neuen Fernseher der Produktreihe „METZ blue“ laufen nicht mehr mit eigenem Betriebssystem, sondern mit Android. Spitzentechnik, hochwertige Verarbeitung, einfache Bedienung und guter Service, das sollen die Highlights von Metz sein. Hoffentlich ist die Traditionsmarke damit erfolgreich!

www.metz.de

Amazon-Kreditkarte

Sie wollen beim Amazon-Einkauf sparen? Mit der Visa-Card für Prime-Kunden bekommen Sie neben 70 Euro Startguthaben bei jedem Amazon-Einkauf eine Gutschrift von 3 % des Kaufpreises. Allerdings wird es teuer, wenn Sie in die roten Zahlen kommen. Bei knapp 15 % Zinsen verdienen Amazon und die Landesbank Berlin gut! Außerdem ist die Karte nur im ersten Jahr kostenlos, danach fallen 19,99 €/Jahr an!

www.vbe-mv.de

Wer nicht handelt, wird behandelt!

„Bitte Änderungen der persönlichen Daten und des Beschäftigungsumfangs an die Geschäftsstelle melden!“

10 gute Gründe, im VBE zu sein

- Größte Lehrgewerkschaft im dbb
- Mitglieder sind Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten, Erzieherinnen und Erzieher.
- Parteipolitisch neutral, finanziell unabhängig, weltanschaulich nicht gebunden
- Rechtsberatung und Rechtsschutz für Mitglieder
- Diensthaftpflicht-, Freizeitunfall- und Schlüsselversicherung sind im Beitrag enthalten.
- Umfassende Information durch „VBE Report“ und Homepage
- Reisedienst hilft bei der Organisation von Klassenfahrten.
- VBE-Personalräte setzen sich kompetent für die Interessen der Kollegen ein.
- VBE ist über die dbb tarifunion direkt bei den Tarifverhandlungen dabei und als Mitglied der Begleitgruppe direkter Verhandlungspartner des Bildungsministeriums.
- Auch nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst Betreuung im Referat Ruheständler

Am besten aber, Sie werden gleich Mitglied im VBE!

Ihr
Landesvorsitzender

Verband Bildung
und Erziehung
Heinrich-Mann-Str. 18
19053 Schwerin
T. + 49 385 - 55 54 97
F. + 49 385 - 550 74 13
www.vbe-mv.de

VBE-Beitrittserklärung



Ich erkläre durch meine Unterschrift meinen Beitritt zum Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer DE25VBE00000314381
Mandatsreferenz = wird Ihnen mit der Eintrittsbestätigung mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich den Verband Bildung und Erziehung (VBE) MV, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, diese Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift wird mich der Verband Bildung und Erziehung (VBE) über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Name	Vorname	Geburtsdatum
zum	Angestellte/Angestellter	Beamtin/Beamter
PLZ, Wohnort	Straße, Nr.	Telefon
Name der Schule	Straße, Nr.	Telefon
E-Mail-Adresse (für Rückfragen bzw. Aufnahme in den E-Mail-Verteiler – freiwillig)		
Ort, Datum	Unterschrift	

Kreditinstitut des Zahlers

BIC IBAN

Vorname, Name des Kontoinhabers

Anschrift (PLZ, Ort, Straße)

Ort, Datum Unterschrift

Beitragsordnung Gültig ab 1. April 2016 (Bitte ankreuzen!)

- | | | | |
|---|---------|--|--------|
| <input type="checkbox"/> E 11, A 11 und höher | 15,00 € | <input type="checkbox"/> Ruheständler, Rentner, Pensionäre | 7,00 € |
| <input type="checkbox"/> bis E 10, A 10, 2/3-Stelle und weniger | 10,00 € | <input type="checkbox"/> Referendare, LA-Anwärter, Studenten | 1,00 € |



Zum 24. Dezember

Noch einmal ein Weihnachtsfest,
Immer kleiner wird der Rest,
Aber nehm' ich so die Summe,
Alles Grade, alles Krumme,
Alles Falsche, alles Rechte,
Alles Gute, alles Schlechte –
Rechnet sich aus all dem Braus
Doch ein richtig Leben heraus.
Und dies können ist das Beste
Wohl bei diesem Weihnachtsfeste.

Theodor Fontane (1819–1898)

***Die Redaktion wünscht
allen Leserinnen und Lesern
fröhliche Weihnachten und
ein gutes, gesundes 2019!***

